

Pressemitteilung

DKG zum Krankenhausgipfel in Berlin

Deregulierung wagen, Qualität stärken, Versorgung sichern

Berlin, 21. September 2026 – Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat auf ihrem Krankenhausgipfel in Berlin einen grundlegenden Kurswechsel bei Bürokratie und Qualitätssicherung eingefordert. Angesichts einer größer werdenden Schere zwischen Ein- und Ausgaben und kostspieligen Regulierungen, die nicht mehr der Qualitätssicherung in der Praxis dienen, schlägt sie vor, Qualitätssicherungsinstrumente dahingehend zu überprüfen, ob sie tatsächlich die Versorgung verbessern oder nur zu zusätzlichem Dokumentations- und Bürokratieaufwand führen. Entscheidend darf nicht mehr sein, dass jeder einzelne Schritt kleinteilig oder gar mehrfach dokumentiert wird, sondern dass die Behandlung erfolgreich in guter Qualität abgeschlossen wird. Nur durch konsequente Entbürokratisierung und die damit verbundenen Kosteneinsparungen können die Krankenhäuser mit den politisch beschlossenen Kürzungen ohne große Einschränkungen die Versorgung sichern.

Die deutschen Krankenhäuser befinden sich in einer dramatischen finanziellen und organisatorischen Lage. Seit Jahren stehen steigende Ausgaben einer unzureichenden Entwicklung der Einnahmen gegenüber. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an Dokumentation, Nachweise, Kontrollen und Qualitätssicherung sowie kleinteilige Personalvorgaben. Das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz verschärft die finanzielle Belastung zusätzlich. Angesichts der begrenzten finanziellen Spielräume der Politik braucht es deshalb einen grundlegenden Kurswechsel: Die Krankenhäuser müssen durch umfassende Deregulierung und Entbürokratisierung in die Lage versetzt werden, ihre Kosten selbst zu senken und ihre Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten.

„Wenn der Politik die finanziellen Spielräume fehlen, um die Krankenhäuser wirtschaftlich zu entlasten, muss sie ihnen wenigstens die Freiheit geben, ihre eigenen Kosten zu senken und ihre Abläufe effizienter zu gestalten“, erklärt der Vorstandsvorsitzende der DKG, Dr. Gerald Gaß. „Die Krankenhäuser brauchen jetzt einen echten Deregulierungsschub und nicht noch mehr Vorgaben.“

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**
Telefon +49 30 39801-1026

ASSISTENZBÜRO
Laura **Müggenburg**
Telefon +49 30 39801-1025

Martin **Ruhland**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

[Website](#)
[LinkedIn](#)
[Facebook](#)
[TikTok](#)
[Instagram](#)
[Youtube](#)

Besonders bei der Qualitätssicherung hat sich über Jahrzehnte ein kaum noch überschaubares System entwickelt. Neue Anforderungen wurden eingeführt, ohne bestehende Instrumente konsequent abzuschaffen. Dadurch haben sich Vorgaben angesammelt, die sich überschneiden und teilweise dieselben Sachverhalte mehrfach erfassen. Die Folge ist ein erheblicher bürokratischer Aufwand, der ärztliche, pflegerische und administrative Kräfte bindet, ohne dass er einen Nutzen für die Patientinnen und Patienten hätte.

„Wir haben immer neue Qualitätssicherungsinstrumente geschaffen, aber praktisch nie alte wieder abgeschafft. So entsteht ein System, in dem immer mehr Zeit darauf verwendet wird, Qualität zu dokumentieren, anstatt die Versorgung zu verbessern“, so Gaß.

Die DKG fordert deshalb, die bestehenden Qualitätsanforderungen grundlegend zu überprüfen. Maßstab müsse sein, dass eine Vorgabe tatsächlich einen nachweisbaren Beitrag zur Verbesserung der Versorgung leistet. Überflüssige und doppelte Anforderungen müssen entfallen. Gleichzeitig muss die Qualitätssicherung stärker auf die Ergebnisse der Behandlung ausgerichtet werden. Wesentliche Struktur- und Prozessanforderungen bleiben dabei wichtig, dürfen aber nicht zum Selbstzweck werden.

„Entscheidend ist am Ende nicht, ob jeder einzelne Prozessschritt dokumentiert wurde, sondern ob Patientinnen und Patienten sicher und gut behandelt werden. Ergebnisorientierung muss deshalb einen deutlich höheren Stellenwert bekommen“, erklärt Gaß.

Kritisch sieht die DKG zudem die zunehmende Verbindung von Qualitätssicherung und Abrechnungsprüfung. Qualitätssicherung müsse der Verbesserung der Versorgung und der Patientensicherheit dienen und dürfe nicht dazu verwendet werden, den Krankenkassen zusätzliche Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer finanziellen Interessen zu eröffnen.

„Wenn Qualitätsprüfungen zunehmend dazu dienen, Abrechnungen zu beanstanden und Rechnungen zu kürzen, wird Qualitätssicherung ad absurdum geführt. Der Medizinische Dienst ist zunehmend zum Erfüllungsgehilfen der Krankenkassen geworden. Seine fachliche Unabhängigkeit muss endlich verlässlich hergestellt werden“, betont Gaß.

Die DKG setzt deshalb große Erwartungen in Bundesgesundheitsminister Dr. Carsten Linnemann, der bereits vor seinem Amtsantritt die Entbürokratisierung zu einem wichtigen politischen Anliegen erklärt hatte.

„Jetzt muss aus dem politischen Anspruch konkrete Politik werden. Die Krankenhäuser brauchen keinen weiteren Arbeitskreis zur Entbürokratisierung, sondern spürbare Entlastungen. Wir können den Häusern nicht immer weniger finanzielle Spielräume geben und gleichzeitig immer detaillierter vorschreiben, wie sie ihre Arbeit zu organisieren haben“, sagt Gaß. „Wenn der Staat weniger Geld zur Verfügung stellen kann, muss er den Krankenhäusern umso mehr Freiheit geben. Deregulierung ist kein Abbau von Qualität, sondern eine Voraussetzung dafür, dass wieder mehr Zeit und Kraft für die Versorgung der Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen.“

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.841 Krankenhäuser versorgen jährlich 17,5 Millionen stationäre Patienten und rund 24 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2024). Bei 150 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.